



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/36

11. Februar 1950

Berlin und die Bundesrepublik

Von Willy Brandt, M.d.B.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, dass die Machthaber im Osten einen neuen, massiven Angriff auf das freiheitliche Berlin eingeleitet haben. Sie haben einen besonderen Aktionsausschuss mit dieser Aufgabe betraut und ihre Versuche der vielseitigen Unterminierung verstärkt. Propagandistisch bemüht man sich vor allem um den "Marsch auf Berlin" während der Pfingsttage. Es sei dahingestellt, ob diese Propaganda nicht auch den Sinn haben könnte, die Aufmerksamkeit von Aktionen abzulenken, die vielleicht schon für einen früheren Zeitpunkt in Aussicht genommen sind.

Sicher ist jedenfalls, dass sich die Machthaber im Osten über die Bedeutung der Berliner Position klarer sind, als manche Kreise im deutschen Westen. Die SED-Führung weiss, dass ihr die Sowjetisierung der Ostzone niemals voll gelingen wird, solange Berlin seine ausstrahlende Funktion als Freiheitsinsel erfüllen kann. Es geht ihnen aber noch um etwas anderes. Sie leben in der Furcht, dass sie im Zuge internationaler Verhandlungen von den Sowjets abgehängt werden könnten. Deshalb bemühen sie sich krampfhaft, den sowjetischen Stellen einzureden, dass deren militärische Sicherheit durch die Westsektoren gefährdet sei. Als "Beweis" erfinden sie die unsinnigsten Behauptungen und Provokationen.

Ein weiterer Bestandteil der ostzonalen Agitation sind die 300.000 Arbeitslosen, die es jetzt tatsächlich in Westberlin gibt - in entscheidendem Masse als Auswirkung der Blockade und ihrer schleichenden Folgeerscheinungen. Berlin kann eine solche Arbeitslosigkeit bei gut zwei Millionen Einwohnern der Westsektoren auf die Dauer nicht ertragen. Es kann sie aber auch nicht allein aus eigener Kraft überwinden. Es bleibt aber zu bedenken, dass die Behauptung Berlins in gegenwärtiger Lage der wichtigste Beitrag zur Wiederherstellung der deutschen Einheit ist. Zum anderen gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, welcher politische Erd-

rutsch sich auch für den Westen aus einem Eindrücken der Berliner Position ergeben würde. Diese Zusammenhänge muss man immer vor Augen haben, wenn von der Hilfeleistung der Bundesrepublik für Berlin die Rede ist.

Der Bundestag hatte sich im vergangenen Herbst sehr nachdrücklich zu Berlin bekannt. Er befürwortete eine Reihe von wirtschaftlichen Massnahmen und unterstrich den Beschluss des Parlamentarischen Rates, demzufolge Berlin vollberechtigt zur Bundesrepublik gehören würde, wenn es nach dem Willen der deutschen Volksvertreter ginge. Die Regierung hat die Beschlüsse des Parlaments nicht mit besonderer Beschleunigung in die Tat umgesetzt. Zur Frage einer engeren Einbeziehung in staatsrechtlicher Hinsicht ist von seiten der Bundesregierung bis zum heutigen Tag noch nicht erklärt worden, mit welchen Argumenten sie den Bedenken der Alliierten im Herbst oder auch später entgegengetreten ist.

Entsprechend den Beschlüssen des Bundestages erhält Berlin bis auf weiteres eine monatliche Haushaltsbeihilfe in der Höhe von 37 Millionen. Dieser Betrag wird zunächst noch durch weitere Kredite ergänzt. Der Absatz Berliner Waren im Westen soll erleichtert und gefördert werden, über den Marshallplan hat Berlin einen Betrag für Bauvorhaben erhalten. Über weitere ERP-Mittel wird noch unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zu verhandeln sein, dass die öffentliche Hand in die Lage versetzt werden müsste, den Arbeitsmarkt rasch zu beleben. Anfang Februar hat die Bundesregierung endlich einen Bevollmächtigten in Berlin etabliert. Die Frage der Verlegung von solchen Bundesbehörden nach Berlin, die dort ohne Behinderung der sachlichen Arbeit wirken könnten, ist bisher in der Schwebe geblieben. Sie ist darum von der SPD-Fraktion in Bonn zum Gegenstand eines besonderen Antrages gemacht worden.

Es wäre völlig falsch, Berlin als ein "Fass ohne Boden" zu betrachten. In Wirklichkeit sind gerade jetzt ermutigende Anzeichen einer Gesundung zu beobachten, wenngleich sie sich noch nicht in einem Rückgang der Erwerbslosenziffern ausdrücken. Eine Überwindung der Berliner Schwierigkeiten ist bei gemeinsamen Anstrengungen zu erreichen - in hohem Masse bereits in der Insellage, definitiv allerdings erst, wenn die Spaltung Deutschlands aufgehoben sein wird. Um dahin zu kommen, bedarf es aber nicht zuletzt eines Berlins in Freiheit und Arbeit.

250 Jahre imperiales Russland

sp. Im Februar vor 225 Jahren starb nach 36-jähriger Regierungstätigkeit der Begründer des in den westlichen Kulturkreis vorgeprägten russischen Imperiums, Peter I., der Grosse. Betrachtet man die Herrschaft dieses "Zaren und Selbstherrscher aller Reussen", so ergeben sich - so verschieden auch Regierungsform und Staatsstruktur erscheinen mögen - mit dem gegenwärtigen sowjetischen Regime in Russland doch viele Parallelen. Ebenso wie die Sowjets hat auch Peter I. die Grundlagen seiner Staatsführung der westlichen Kultur entliehen, diese jedoch wie die heutigen Machthaber im Kreml, nur soweit in Anwendung gebracht, wie sie seinem Herrschaftsstreben dienstbar waren. Desgleichen wurden damals wie jetzt diese westlichen Errungenschaften in rücksichtsloser Weise für die territoriale Ausbreitung des russischen Staates geschickt ausgenutzt. Nicht zuletzt lassen sich diese Parallelen auch in innerstaatlicher Beziehung, in der rücksichtslosen Unterdrückung aller Widerstände gegen die westlichen Neuerungen, in dem starken Bemühen um den Anschluss an den technischen Fortschritt des Westens, in der Dienstbarmachung aller Kräfte des Landes für die imperialen Ziele usw. ziehen. Schliesslich zeigt auch die übersteigerte Verherrlichung der Person des Generalissimus Stalin die gleichen Merkmale einer Glorienscheinbildung, wie sie zu Lebzeiten aller Alleinherrscher zu verzeichnen waren und in Russland zum ersten Mal bei Peter dem Grossen besonders in Erscheinung traten. Angesichts dieses Gleichklanges der Politik ist es nur natürlich, dass die gegenwärtigen Herrscher im Kreml ihre Anerkennung dem ersten "Selbstherrscher aller Reussen" nicht versagen und ihn neben einigen wenigen anderen Zaren als Vorbild guter Staatsführung gelten lassen.

1697, als 25-Jähriger, unternahm Peter I. eine längere Europareise, wobei er eine grosse Anzahl von Handwerkern und Technikern für seine Dienste verpflichtete. Widerstände gegen seine oft sehr weitgehenden Reformen wurden von Peter dem Grossen in wenig westlicher Manier rücksichtslos unterdrückt.

Mehr noch als in kultureller Hinsicht zeigte sich Peters Drang nach dem Westen in expansiv-imperialistischer Einsicht. Die Eroberung des Ingermanlandes am finnischen Meerbusen und die Gründung von St. Petersburg (das "Fenster nach Europa") im Jahre 1703 brachten ihn einen entscheidenden Schritt näher zum Kontinent. Für die

Restauration König August II. erwirkte er sich das Recht zur Entsendung von russischen Truppen nach Polen. (Ein Vorgang, der un-

willkürlich an die Entwicklung des russisch-polnischen Verhältnisses in jüngster Zeit erinnert. Inzwischen hatte Russland 1709,

nach dem Sieg über Schweden, Livland und Karelrien erobert. Schliesslich musste Schweden im Frieden von Nystad im Jahre 1721 die Ab-

trennung von Estland, Livland, Ingermanland und Karelrien mit Wiborg von Kexholm sanktionieren. Damit hatte der Zar aller Reussen

ein beträchtliches Stück Vorarbeit für den Zaren aller Kommunisten geleistet. Er darf dafür wieder in den Geschichtsbüchern erschei-

nen.

(b/B22/112/hs)

- o - o - o -

Englische Wirklichkeit

sp. Wir wissen aus Erfahrung, dass der Versuch, gesellschaftlich - wirtschaftliche und damit politische - Macht neu zu verteil-

len, auf heftige Widerstände stösst. Das ist auch in England so und man kann geradezu die Wichtigkeit der dort stattfindenden Verände-

rungen an der Heftigkeit, um nicht zu sagen: Bosheit, des konservativen Widerstandes ablesen. Die Welt wird mit Nachrichten über-

schwenmt, denen zufolge England nicht nur vor dem wirtschaftlichen und moralischen Ruin steht, sondern bereits völlig ruiniert ist.

Wir hören, dass die Arbeiter nicht mehr arbeiten und die Unternehmer nichts unternehmen und dass eine wahrwitzige Bürokratie jede

Lebensregung abbrüsselt. Wir hören, dass das Land von unendlichen Streiks paralysiert ist, dass die Menschen hungern und darben, und

dass die sozialistische Regierung es nun wirklich bis zum Staatsbankrott gebracht habe.

Will man sich ein Bild machen, was tatsächlich geschehen ist, so muss man nicht den Explosionen der Churchills, sondern der

ruhigen Stimme der Tatsache zuhören. Vor dem Kriege assen in Grossbritannien etwa ein Drittel mehr als sie brauchten; etwa ein Drit-

tel soviel wie sie brauchten und etwa ein Drittel weniger als sie brauchten.

Einige Jahre früher war sogar die Hälfte des Volkes nicht in der Lage, sich die zur vollen Erhaltung der Gesundheit notwendigen

Lebensmittel zu beschaffen. Heute isst das erste Drittel bedeutend schlechter als vor dem Kriege und das letzte Drittel bedeutend

besser.

Seit Kriegsende gibt es in Grossbritannien praktisch keine

Arbeitslosigkeit. Es gibt immer mehr offene Stellen als Arbeitssuchende. Während der zwanzig Jahre zwischen den beiden Kriegen gab es im Durchschnitt 1 750 000 Arbeitslose. Eine Million Familien hatten überhaupt keine Wohnung: also bestand die Regierung darauf, dass alle (nicht für dringlichste sonstige Aufgaben benötigten) Baumaterialien und Bauarbeiter erst einmal für die Beseitigung dieses Elends eingesetzt würden. Seit Kriegsende ist tatsächlich diese eine Million Wohnungen neu geschaffen worden.

Der ungeheure Schwung dieses Programmes, zusammen mit der grosszügigen Stadt- und Landesplanung, der Industrie-Standorts-Planung und der Schaffung völlig neuer Städte - diese Leistungen des neuen England übertreffen an Schwung alles, was sonst in Friedenszeiten von demokratischen Ländern in Angriff genommen worden ist. Und was ist mit der übrigen Wirtschaft geschehen?

Die Gesamtproduktion ist 30 % höher als 1938 - also scheinen doch einige Arbeiter zu arbeiten,

die landwirtschaftliche Produktion ist etwa 20 % höher als der Durchschnitt der Jahre 1934-1938 - also scheinen die Bürokraten doch nicht alles zu ertöten.

Ein Vergleich der durch Streiks verlorenen Arbeitstage in den beiden Nachkriegsperioden ergibt:

1919 - 34 970 000	1946 - 2 158 000
1920 - 26 570 000	1947 - 2 433 000
1921 - 85 870 000	1948 - 1 944 000

Von allen von der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes erfassten Ländern zeigte England 1948 die niedrigste Streikquote

- also scheint das Land doch nicht durch Streiks paralysiert zu sein.

Das Defizit in der englischen Zahlungsbilanz mit dem Ausland war 70 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1938, 675 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1947, 120 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1948 und 10 Mill. Pfund Sterling im ersten Halbjahr 1949 - also scheint es nicht so, als ob sich England immer mehr zum Staatsbankrott entwickelt.

(Auszug aus "Geist und Tat")

- o - o -